

Außenhandel: Soll sich Frankreich am Beispiel Deutschlands orientieren?

Dr. Timo Diegmüller und Benoît Roussel¹

Seit Beginn des neuen Jahrhunderts weisen die Handelsbilanzen Deutschlands und Frankreichs gegenläufige Entwicklungen auf. Während die französische Wirtschaft noch in den 1990er Jahren durch einen Handelsbilanzüberschuss gekennzeichnet war, folgten ab 2004 vier Jahre mit einem steigenden Handelsbilanzdefizit. 2008 ist das fünfte Jahr in Folge, in dem – mit etwa 55 Milliarden Euro gegenüber 39 Milliarden Euro im Jahr 2007 – ein neues „Rekorddefizit“ erreicht wurde. Im Gegenzug weist die deutsche Handelsbilanz, die in den 1990er Jahren Defizite kannte, seit Beginn des neuen Jahrhunderts „Rekordüberschüsse“ auf. Mit einem Überschuss von 194 Milliarden Euro im Jahr 2007 brüstet sich Deutschland gar als „Exportweltmeister“. Die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung beider Staaten weichen dabei kaum voneinander ab: Beide Länder benutzen die gleiche Währung, beide sind in gleichem Maße dem Effekt der steigenden Rohstoffpreise ausgesetzt. Wie kommt es dennoch zu einer so unterschiedlichen Entwicklung? Im Rahmen der immer heftiger geführten Debatte um das französische Handelsbilanzdefizit wird dabei wiederholt die Frage einer Vorbildrolle Deutschlands für seinen größten Handelspartner Frankreich aufgeworfen. Zwar fällt das französische Handelsbilanzdefizit im Vergleich zu anderen Staaten wie Großbritannien (134 Milliarden Euro), Spanien (99 Milliarden Euro) und den USA (624 Milliarden Euro) geringer aus und es muss betont werden, dass eine negative Handelsbilanz nicht zwangsläufig auf eine schlechte wirtschaftliche Situation schließen lässt – doch birgt ein strukturelles Handelsbilanzdefizit Risiken, wie sie erst kürzlich die internationale Finanzkrise in Erinnerung gerufen hat. Frankreich muss sich deshalb die Frage stellen, wo die Ursachen seines Defizits liegen und welche Strategien zu seiner Bekämpfung dienen können.

Eine erste Erklärung für die gegenläufige Entwicklung der deutschen und der französischen Handelsbilanz liefern die unterschiedliche sektorale Spezialisierung sowie Differenzen in der Struktur der Unternehmenslandschaft der beiden Nachbarstaaten. Frankreich exportiert in erster Linie Produkte der Lebensmittelindustrie, der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie Luxusgüter. Deutschland zeichnet sich hingegen durch eine Spezialisierung auf Investitionsgüter mit höherer Wertschöpfung in den Bereichen Elektrotechnik, Feinmechanik, Metallverarbeitung sowie in der Automobil- und Chemieindustrie aus, die von einer hohen internationalen Nachfrage und hierbei insbesondere vom starken Wirtschaftswachstum in einigen asiatischen Ländern profitieren. Ein großer Teil dieser Exportprodukte wird dabei von mittelständischen Unternehmen hergestellt, die aufgrund ihrer Innovationsbereitschaft und ihrer Fähigkeit, bestimmte Nischen zu besetzen, sehr gut in die internationalen Produktionsströme eingebunden sind. So setzen 25 Prozent der Unternehmen mit 20 bis 99 Mitarbeitern ein Drittel ihres Umsatzes im Ausland um. Es wird zudem geschätzt, dass die Zahl der von Deutschland angemeldeten Patente doppelt so hoch ist wie die Frankreichs. Entgegen dem in Deutschland sehr stark exportorientierten Mittelstand sind in Frankreich weniger

¹ Dr. Timo Diegmüller ist im Enterprise Risk Management bei EADS in München tätig. Benoît Roussel arbeitet bei der Europäischen Kommission in der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

als fünf Prozent aller Unternehmen im Exportgeschäft aktiv. Die Exportorientierung bleibt auf französischer Seite einigen großen Konzernen mit mehr als 250 Mitarbeitern vorbehalten, während die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) häufig deutlich kleiner sind, über weniger Kapital verfügen und dadurch stärker von unternehmerischen Risiken bedroht sind als die deutschen KMU. Ihre Produktionsschwerpunkte liegen meist im Bereich hochwertiger, individualisierter Produkte mit geringer Stückzahl wie Mode, Parfümerie oder Kristallherstellung. Damit steht einer exportorientierten Produktion mit hohen Stückzahlen und niedrigen Preisen auf Seiten der deutschen Konkurrenten eine französische Exportwirtschaft gegenüber, deren kleine und mittelständische Unternehmen sich für ein Angebot mit hohem qualitativem Anspruch zu Lasten des Preiswettbewerbs entschieden haben.

Dieser Preiswettbewerb liefert eine zweite Erklärung für die gegenläufigen Entwicklungen der deutschen und französischen Handelsbilanz. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts hat sich Deutschland für eine Politik der Mäßigung der Lohnkosten (und seit dem Jahr 2004 für deren Reduzierung) entschieden, die einerseits zu einer Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, andererseits aber zu einem Rückgang der Binnennachfrage geführt hat. Insbesondere die Erhöhung der Mehrwertsteuer, kombiniert mit einer Senkung der Lohnnebenkosten, hat die Produktionskosten im Exportsektor gesenkt, wirkt sich aber zugleich wie eine Importsteuer aus. Die Handelspartner Deutschlands im europäischen Raum sind von dieser Strategie doppelt betroffen, da so nicht nur ihre Exportwirtschaft insgesamt einer verstärkten Konkurrenz durch deutsche Unternehmen unterliegt, sondern zusätzlich die Exporte nach Deutschland stark zurückgehen. Frankreich, dessen wichtigster Wirtschaftspartner Deutschland ist, wird von dieser Entwicklung besonders hart getroffen: Jede Absenkung der Binnennachfrage östlich des Rheins führt zu einem Rückgang des Exportvolumens westlich des Rheins. Wenn Frankreich auf diese Entwicklung reagieren möchte, hat es die Wahl zwischen zwei Alternativen: Die Lohnkosten zu reduzieren oder eine Koordination auf europäischer Ebene anzustreben, um so einer möglichen Niedriglohnspirale entgegen zu wirken.

Doch keine der beiden Alternativen erscheint empfehlenswert. Frankreich kann nicht geraten werden, dem deutschen Beispiel zu folgen und die Lohnkosten zu reduzieren, da es sich hier um eine grundsätzliche Entscheidung zu Gunsten eines wirtschaftlichen und im weiteren Sinne gesellschaftlichen Modells handelt, dessen Vorteile keineswegs erwiesen sind. Eine Senkung der Lohnkosten führt zu einem Rückgang der Binnennachfrage und einer verstärkten Abhängigkeit von der Auslandsnachfrage, die das Land in Krisenzeiten vor Probleme stellen kann, die nicht mehr im Rahmen nationaler Politik gelöst werden können. So wird der Rückgang der deutschen Exporte angesichts der internationalen Finanzkrise in Deutschland höchstwahrscheinlich eine deutlich stärkere Rezession auslösen als im Rest Europas. Darüber hinaus erscheint eine Strategie der Senkung der Lohnkosten langfristig nicht sinnvoll, da auch ein gesenktes deutsches Lohnniveau dem Preisdruck auf dem Weltmarkt nicht standhalten können wird. Vielmehr droht eine solche Strategie der Exportförderung negative soziale Auswirkungen zu haben, da weite Teile der Gesellschaft nicht von einem Wachstum der Exportwirtschaft profitieren würden.

Doch auch die zweite Alternative, eine Koordinierung der Löhne im europäischen Rahmen, erweist sich als problematisch. Eine solche Absprache scheint im europäischen Raum, der durch große Unterschiede in der Wirtschaftsleistung und divergierende Positionen zum Thema Mindestlohn charakterisiert ist, als nur schwer umsetzbar. Außerdem ist zweifelhaft, ob eine solche Koordination tatsächlich notwendig ist in Zeiten, in denen die deutsche Bevölkerung die Grenzen der Lohnmäßigung erkennt und verstärkt verlangt, die wirtschaftlichen Erfolge der Vergangenheit zu ernten, wie beispielsweise die 2008 durch die Gewerkschaften erreichten und nicht zu vernachlässigenden Lohnerhöhungen beweisen.

Keine der beiden aufgezeigten Strategien scheint demnach geeignet, die Stellung Deutschlands und Frankreichs auf dem internationalen Markt langfristig zu sichern und zu stärken. Stattdessen muss es beiden Staaten in der Handelspolitik gelingen, innovative Strategien zu entwickeln, deren Akzente auf den Themen Produktivität, Qualität und Technologie liegen. Angesichts eines Entwicklungsvorsprungs der deutschen Industrie in diesem Bereich kann Deutschland seinem französischen Handelspartner in einigen Punkten als Vorbild dienen, muss jedoch auch selbst auf die aufgezeigten Probleme reagieren:

- Frankreich könnte sich an der deutschen Politik zur Förderung des Mittelstands orientieren, die umfangreiche Instrumente zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen umfasst, darunter die Bereitstellung von Risikokapital zur Unternehmensgründung, die Unterstützung beim Technologietransfer (beispielsweise die Initiative „Fit für den Wissenswettbewerb“ des deutschen Wirtschaftsministeriums aus dem Jahr 2005 zur Förderung des Einsatzes von Wissensmanagement im deutschen Mittelstand) oder auch begleitende Maßnahmen wie die Weiterbildung und Beratung der Unternehmensführung.
- Frankreich könnte einen Schwerpunkt auf die Verbesserung seines beruflichen Bildungssystems legen, dessen Qualität sich in Deutschland und den deutschen KMU als Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung von innovativen Forschungsergebnissen in konkrete Produkte erwiesen hat.
- Deutschland hingegen muss sich der Risiken seiner hohen Abhängigkeit vom Außenhandel bewusst werden und Instrumente zur Stärkung und Stützung der Binnennachfrage entwickeln. Hierzu ist eine Fortsetzung und Intensivierung der aktuellen Diskussionen über die Reduzierung der sozialen Ungleichheit und insbesondere über das Thema Mindestlohn unabdingbar.
- Beide Staaten müssen schließlich den Ausbau ihres Forschungs- und Entwicklungsbereichs fördern, um die europäische Zielvorgabe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung zu realisieren. Frankreich wendet hierfür aktuell 2,2 Prozent, Deutschland 2,6 Prozent seines BIP auf. Insbesondere in den Bereichen Bildung und Wissensmanagement sind Investitionen notwendig. Vor diesem Hintergrund haben in Deutschland sowohl der Bund als auch die Länder im Oktober 2008 eine „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ lanciert, die sich als ehrgeiziges Ziel eine Verwendung von zehn Prozent des BIP für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 gesetzt hat. Die Festlegung einer solchen mittelfristigen Strategie ist ein Beispiel, dem Frankreich folgen könnte.